

Dieser Beitrag ist erschienen in

Werte, Wissenschaft und Bildung unter dem Aspekt von
Globalisierung und Nachhaltigkeit.
Rohrbacher Manuskripte, Heft 11, Herausgegeben von Rudolf Rochhausen.
Rohrbacher Kreis, Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig 2005.
ISBN 3-9809165-8-8

Alle Rechte des Beitrags liegen beim Autor.

Der Beitrag kann unter den Konditionen der Creative Commons Lizenz BY-ND
(Namensnennung-Keine Bearbeitung 3.0) frei verbreitet werden.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de>

Vertrieb des ganzen Hefts durch Osiris-Druck Leipzig,

<http://www.osiris-onlineshop.de>

INHALT DES HEFTS

Kurt Reiprich: Vorwort.	5 - 6
Rudolf Rochhausen: Werte im wissenschaftlichen Erkenntnisprozess und im praktischen Lebensvollzug unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung.	7 - 25
Gerhard Poppei: Quo vadis Globalisierung?	26 - 33
Wolfgang Methling: Bildung für Nachhaltigkeit in Mecklenburg-Vorpommern. ..	34 - 41
Roland Opitz: Was tun? Eine russische Frage.	42 - 57
Hans-Gert Gräbe: Die Macht des Wissens in der (post)modernen Gesellschaft. ..	58 - 72
Klaus Fuchs-Kittowski: Umweltinformatik und Nachhaltigkeit.	73 - 83
Volker Caysa: Wie konservativ muss die Bildung des flexiblen Menschen sein? ..	84 - 96
Stefan Küpper: Die Verantwortung des Unternehmers für die berufliche Bildung.	97 - 109
Hubert Laitko: Bildung und Globalisierung. Kleine Annäherung an ein großes Thema.	110 - 139
Sabine Gerold: Soziale Gerechtigkeit als Grundwert für die schulische Bildung. ..	140 - 150

SABINE GEROLD

Soziale Gerechtigkeit als Grundwert für die schulische Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin meinen Vorrednern, Herrn Prof. Laitko und Herrn Küpper sehr dankbar für ihre z. T. recht erschreckenden Ausführungen über Defizite von Schulabgänger/innen in diesem Land. Das deutsche Schulwesen wird in der Tat nicht nur durch internationale Studien – die sich in letzter Zeit einer besonderen Aufmerksamkeit erfreuen - der Unfähigkeit überführt. Es gibt auch eine ganze Reihe nationaler Indizien dafür, auch wenn nicht alles so dramatisch ist, wie es manchmal – gerade auch aus Wirtschaftskreisen – dargestellt wird.. Nicht zuletzt deshalb erfreut sich auch die GEW inzwischen unerwarteter Verbündeter bei ihren Bemühungen um eine grundlegende Bildungsreform in Deutschland. Auch Teile der deutschen Wirtschaft gehören dazu, wenn es um die Frage eines höheren Bildungsniveaus für die junge Generation geht – auch wenn die Motive durchaus unterschiedlich sind und die Wirtschaft vor allem ihre mitunter etwas einseitigen Anforderungen an die zukünftigen, dringend benötigten Fachkräfte im Blick hat.

Um so mehr schätze ich die Möglichkeit, unterschiedliche Vorstellungen zu Zielen und Inhalten einer Bildungsreform kontrovers, aber konstruktiv diskutieren zu können.

Das Thema des Kolloquiums »Für das Leben lehren und lernen« bietet dafür eine gute Grundlage. Deshalb bin ich der schon im Frühsommer erfolgten Einladung des Rohrbacher Kreises der RLS sehr gern gefolgt. Ich war zum damaligen Zeitpunkt auch schon ziemlich fest davon überzeugt, dass die Schulpolitik nach der Landtagswahl in Sachsen nicht mehr die gleiche wie vor der Landtagswahl sein würde – und vor allem das Thema »soziale Gerechtigkeit« oder »mehr Chancengleichheit« im sächsischen Schulwesen größere Beachtung als bisher finden würde.

Schließlich waren alle demokratischen Parteien außer der CDU mit der Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen im Wahlkampf aufgetreten - einer nicht unwesentlichen Voraussetzung für die Überwindung sozialer Unterschiede und Benachteiligungen durch die schulische Bildung. Und außer der CDU behauptete auch keine demokratische Partei, dass man mit den relativ guten Befunden für Sachsen im innerdeutschen PISA - Vergleich der schulischen Leistungen zufrieden sein könnte - auch nicht mit der Tatsache, dass in Sachsen der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bil-

derungserfolg noch nicht so ausgeprägt ist, wie in den anderen Bundesländern, insbesondere den Westlichen.

Inzwischen ist meine Überzeugung von der Aufwertung dieses Themas hier in Sachsen nach der Landtagswahl durch den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD etwas gedämpft worden, aber ich sehe immerhin Ansätze und etwas offenere Türen, um die Ansprüche meiner Organisation, der sächsischen Bildungsgewerkschaft, in dieser Hinsicht besser als vorher umsetzen zu können. Zwei Auszüge aus dem Koalitionsvertrag sollen das belegen – sie klingen zwar sehr nach politischer Lyrik, könnten aber zukünftig immerhin eine Grundlage für entsprechende Reforminitiativen – z. B. der GEW Sachsen - sein:

»Alle Bemühungen und Maßnahmen in der Schulpolitik dienen dem Ziel, jedem jungen Menschen in Sachsen optimale Entwicklungsbedingungen zu geben, damit er ein selbstbestimmtes Leben in sozialer, ökologischer und kultureller Verantwortung führen kann.«¹

»Die Koalitionspartner verfolgen das Ziel, jeden einzelnen Schüler optimal zu fördern und zu fordern. Wir können auf kein Talent und auf keinen jungen Menschen verzichten. Alle internationalen Erfahrungen zeigen, dass Schulen Herkunftsnachteile abbauen und Schüler individuell fördern können. Die Staatsregierung fördert Entwicklungen, welche in diese Richtung und zum produktiven Umgang mit Vielfalt führen ...«.²

Natürlich war unsere Erwartungshaltung zwischenzeitlich etwas größer geworden, als sich abzeichnete, dass die sächsische SPD in Regierungsverantwortung kommen könnte. Immerhin war sie mit einem sehr anspruchsvollen Schulreformkonzept in den Wahlkampf gegangen, in dem die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen einen ganz hohen Stellenwert hatte.

Trotz einer gewissen Ernüchterung angesichts der Tatsache, dass der Begriff »Chancengleichheit« im Bildungsteil des Koalitionspapiers gar nicht vorkommt – stattdessen aber der von der CDU bevorzugte Begriff »Chancengerechtigkeit« – bleibe ich bei meiner Überzeugung, dass auch in Sachsen die Schulpolitik nicht umhin kommen wird, sich stärker dem Thema »soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit« im Bildungsbereich insgesamt – von den Kitas bis zu den Universitäten – und im Schulbereich im besonderen zuzuwenden.

¹ Vereinbarung zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen über die Bildung der Staatsregierung für die 4. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages. Ziff.3.2., S.23.

² Ebenda, Ziffer 3.2., S. 26.

Auch deshalb habe ich mir für meinen Beitrag das Thema »Soziale Gerechtigkeit als Grundwert für die schulische Bildung« gewählt - es bringt den Grundansatz zum Ausdruck, mit dem die GEW eine grundlegende Bildungsreform anstrebt, in deren Mittelpunkt eine Reform des Lehrens und Lernens in der Schule steht - ganz im Sinne des Rahmenthemas des heutigen Kolloquiums. Und ganz im Sinne meiner Überzeugung, dass sich die Bildungspolitik ernsthaft damit befassen muss, allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen beim Zugang zur Bildung und zu den bestmöglichen Bildungsabschlüssen zu verschaffen. Und »gleiche« Chancen sind etwas anderes als die sog. »gerechten« Chancen im Verständnis vieler konservativer Bildungsstrategen.

In einem Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2002 verweist der bekannte Essener Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm auf den Grundgesetz-Kommentar von Jaraß/Pieroth zu diesem Thema:

Mit Chancengleichheit »ist nicht die bereits in Art. 3 verankerte (rechtliche) Gleichbehandlung gemeint, sondern die Angleichung der tatsächlichen Voraussetzungen zum Erwerb materieller Güter, und damit der faktischen Vorbedingungen, die zur Nutzung der Freiheitsrechte notwendig sind. Die Angleichung kann durch materielle Leistung, durch Organisation und durch Verfahren erfolgen. Ein entsprechender objektivrechtlicher Auftrag ist v. a. im Bereich der Berufsfreiheit bedeutsam, etwa zur Schaffung von Arbeitsplätzen und im Bereich der Bildung.«³

Daran anknüpfend führt Klemm aus:

»Wie bedeutsam ein Verständnis von Chancengleichheit, das sich nicht auf Zugangsgleichheit beschränkt, sondern das Ergebnisgleichheit im Blick hat, ist, macht der mehr denn je enge Zusammenhang zwischen dem Erreichen von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen einerseits und den jeweils erwartbaren Lebensperspektiven andererseits überdeutlich. ...«⁴

Dass es in dieser Hinsicht in Deutschland noch viel zu tun gibt, dafür sprechen alle ernsthaften Analysen über den Zustand und die Ergebnisse des Bildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren 16 Bundesländern, die inzwischen auf dem Tisch liegen:

³ Jaraß, Pieroth: Kommentar zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, 1992. S.390. (Zitiert in: Bildung im Wettbewerb. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung 2002, S.13).

⁴ Klaus Klemm: Chancengleichheit in der Bildung – Stand, Probleme, Lösungen. In: Bildung im Wettbewerb. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung 2002, S.13.

Das deutsche Bildungssystem wird den Anforderungen der Zukunft nicht gerecht, zahlreiche Studien belegen enorme Fehlentwicklungen und Disparitäten, von denen hier nur einige genannt sein sollen:⁵

- Die frühe Bildung in Kindertagesstätten wird vernachlässigt – wie erst kürzlich wieder ein Gutachten im Auftrag des BMFS nachwies. Nur 0,4 % des BIP fließen aus den öffentlichen Haushalten in den Kita - Bereich; die Ausbildung der Erzieher/innen findet – anders als in fast allen anderen entwickelten Ländern – nicht auf Hochschulniveau statt; Bildungspläne entstehen erst seit einigen Jahren und auch nur sehr zögerlich. Durch die Kostenpflichtigkeit der frühkindlichen Bildungsangebote werden bereits die Startchancen für Kinder ungleich verteilt.
- Das Schulsystem entlässt ca. 10 % der Schüler/innen ohne Schulabschluss, der Anteil bei Migrantenkinder ist sogar doppelt so hoch. Das Bildungsniveau wird in keinem anderen OECD-Land so extrem von der sozialen Herkunft bestimmt wie in Deutschland.
- Ganztagschulen sind noch immer nicht die Regel in Deutschland, und die Unterrichtsversorgung - insbesondere bis zum Ende der Sekundarstufe I - bleibt hinter vergleichbaren OECD-Ländern zurück.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze im dualen System geht Jahr für Jahr zurück, sodass z. B. 2004 wieder weit über 100.000 Jugendliche keine betriebliche Lehrstelle finden; erschreckend ist auch die Zunahme der unversorgten »Altbewerber/innen«.
- Nur 35,7 % der Jugendlichen nahmen 2003 ein Hochschulstudium auf – im OECD-Durchschnitt waren es 46 %. Lediglich ca. 20 % eines Jahrgangs schließen ein Studium auch erfolgreich ab, obwohl bekannt ist, dass bis 2015 ca. eine Million Hochschulabsolventen benötigt werden; gleichzeitig stagnieren die Hochschulhaushalte bzw. sind in einigen Bundesländern sogar rückläufig.
- Deutschland weist die geringste Weiterbildungsintensität aller EU-Mitgliedsstaaten auf, nur 43 % der Erwerbsfähigen nehmen an Weiterbildungsangeboten teil. Insbesondere Zielgruppen mit niedrigerem beruflichen Status und mit schwierigeren sozialen Bedingungen (z. B. Frauen mit Kindern) bleibt die Teilnahme weitgehend verschlossen. Öffentlich geförderte Weiterbildungsangebote gehen immer stärker zurück.
- Im internationalen Vergleich investiert Deutschland seit 1995 lediglich 9,7 % aus dem öffentlichen Gesamthaushalt für Bildungseinrichtungen, der OECD-Durchschnitt liegt bei 12,5 %.

⁵ Diese Analyse ist Teil des Leitantrages des Hauptvorstandes der GEW an den 25. Gewerkschaftstag im April 2005 in Erfurt zum Thema Bildungsfinanzierung (»Bildung ist keine Ware«).

schnitt beträgt 12,7 %. Lediglich 4,3 % des BIP werden aus öffentlichen Mitteln für Bildung investiert - damit liegt Deutschland am unteren Ende der OECD-Skala.

Weitere Fakten könnten aus der erst jüngst veröffentlichten OECD-Studie »Bildung auf einen Blick« beigesteuert werden. Ich verzichte darauf, da diese Ergebnisse ja erst kürzlich Gegenstand öffentlichen Interesses und öffentlicher Debatte waren.⁶

Eines ist unstrittig: Deutschland gehört in der Bildung nicht zu den Spitzenreitern unter den entwickelten Ländern dieser Welt – und was noch schlimmer ist: Es fällt im Bildungsniveau im internationalen Vergleich in den letzten Jahren weiter zurück. Ob dieser Trend anhält, wird u. a. die für Anfang Dezember 2004 angekündigte 2. PISA-Studie zeigen, bei der diesmal die mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen der 15-jährigen Schüler/innen im Mittelpunkt stehen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit sollten wir dabei wieder auf die Diagnose des Zusammenhangs von Bildungsergebnissen und sozialer Herkunft schauen. Schließlich brachte hier die 1. PISA-Studie die erschreckendste Erkenntnis zutage: In keinem anderen Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erreichtem Bildungserfolg so groß wie in Deutschland. Dem deutschen Schulwesen gelingt es so gut wie gar nicht, soziale Ungleichheit auszugleichen – im Gegenteil: Es gibt sogar Anzeichen dafür, das soziale Unterschiede in der Schule weiter verfestigt werden.

Ursachen dafür sind zum einen das lernfeindliche Auslesesystem eines mehrgliedrigen Schulsystems und zum anderen die chronische Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems insgesamt.

Das deutsche Schulsystem hat ganz offensichtlich Probleme, allen Kindern und Jugendlichen die Bildung zu vermitteln, die sie befähigen und motivieren würde, auf dem Gelernten aufbauend – sei es selbstbildend, sei es in Bildungseinrichtungen – weiter zu lernen. Das Bildungssystem ist kaum in der Lage, die Defizite im weiteren Verlauf wieder auszugleichen.

Wer nicht als Kind Lernfreude entwickelt und Lernerfolg gespürt hat, wird es als Erwachsener schwer haben, Zugang zu Bildung zu finden. Hinzu kommt, dass der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängt.

Diese Tatsache belegt, dass das Bildungssystem nicht das leistet, was seine vornehmste und verfassungsrechtlich gebotene Aufgabe in einer demokratischen und auf

⁶ »Bildung auf einen Blick« (»Education at a Glance«) ist eine regelmäßig erscheinende Übersicht der OECD über die Entwicklungsprozesse der Bildungssysteme der OECD-Staaten.

Teilhabengewiesenen Gesellschaft ist, nämlich mit seinen Mitteln Chancen Ungleichheit zu reduzieren.

Aus dieser Tatsache heraus fordert die GEW unnachgiebig eine grundlegende Bildungsreform, die von folgenden Leitideen⁷ getragen wird:

- Bildung in öffentlicher Verantwortung

Das wichtigste Staatsziel für das Bildungswesen bleibt die Verwirklichung des Menschenrechtes auf Bildung, der Chancengleichheit unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung und Kultur. Der Garant für ein zukunftsorientiertes, funktionierendes Bildungswesen kann nach unserer Auffassung niemand anderer sein als der Staat. Er nimmt die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wahr, garantiert einheitliche Rahmenbedingungen, definiert Standards und kontrolliert, dass diese nicht unterschritten werden. Angesichts der derzeit erkennbaren Neubestimmung der Aufgaben des Staates fordert die GEW, dass der Staat sicherstellt, dass alle Kinder und Jugendlichen frei von finanziellen Beiträgen oder Gebühren ihr Recht auf Bildung, Ausbildung, Erziehung und Betreuung wahrnehmen können. Durch einheitliche Rahmenrichtlinien und Standards müssen Arbeitsstrukturen geschaffen und garantiert werden, die hohe Bildungsqualität ermöglichen.

- Chancengleichheit und Leistungsstärke

Bildungseinrichtungen müssen zur Reduktion gesellschaftlicher Ungleichheit beitragen. Das kann am besten dadurch gelingen, dass auf Basis individueller Förderung alle auf ein anspruchsvolles Bildungsniveau geführt werden, niemand beschämt und niemand zurück gelassen wird.

Chancengleichheit und Leistung sind für die GEW keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille. Deshalb fordern wir, dass die Leistungsanforderungen im Bildungswesen neu definiert werden. Es müssen neue Verfahren der Leistungsfeststellung entwickelt werden, die Leistungsdiagnose und Bildungsförderung (z. B. Frühdiagnostik) verbinden. Es darf im Bildungswesen keine Sackgassen geben. Junge Menschen, die den Anschluss an das allgemeine Lernniveau zeitweise verlie-

⁷ Die Leitideen sind Bestandteil des Bildungspolitischen Reformkonzeptes »Bildung 2015« der GEW, das dem 25. Gewerkschaftstag im April 2005 in Erfurt zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll und zurzeit in den Gliederungen und Gremien der GEW bundesweit diskutiert wird.

ren, müssen die Möglichkeit haben, zu einem späteren Zeitpunkt höhere Bildungsabschlüsse zu erwerben.

- Niemanden zurücklassen: Vielfalt ist Reichtum.
Inklusion und nicht Aussonderung ist die Maxime der GEW - nur so lässt sich Chancengleichheit in der Schule verwirklichen. Damit Inklusion in allen Bildungseinrichtungen gelingt, muss auch die Bereitschaft der Pädagoginnen und Pädagogen gestärkt werden, sich auf diese Herausforderungen einzulassen. Das ist eine Frage des professionellen Selbstverständnisses, aber auch eine Aufgabe der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Wir fordern deshalb, dass sich die Bildungseinrichtungen einer förderorientierten, humanistischen und die Vielfalt bejahenden Philosophie verpflichten. Zugleich müssen sie über die entsprechende Grundausstattung, Kompetenzen und Verfahren verfügen, die Inklusion auch ermöglichen. Entscheidend ist dabei ausreichendes Personal, das sich aus den verschiedenen dafür notwendigen Professionen zusammensetzt, die im Team zusammenarbeiten.

Diese drei Leitideen haben in besonderem Maße die Verwirklichung von Chancengleichheit im Blick, deshalb habe ich sie kurz ausgeführt. Die weiteren Leitideen, die wir in unserem Reformkonzept formulieren, will ich an dieser Stelle nur benennen:

- Bildung für Europa und in der einen Welt – der deutsche Bildungsföderalismus muss zugunsten einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für Bildung, Erziehung und Betreuung überwunden werden.
- Kulturen zusammenbringen – das Bildungswesen muss in die Lage versetzt werden, kulturelle Identität und kommunikative Kompetenzen zu entwickeln und zu fördern.
- Geschlechterbewusste und geschlechtergerechte Bildung – Bildungsprozesse müssen konzeptionell, inhaltlich und organisatorisch geschlechtergerecht gestaltet werden.
- Demokratie und Partizipation – Entscheidungen sollen im Bildungswesen so weit wie möglich von allen Akteuren getroffen werden.
- Zeit für Bildung – ein Leben lang – jede Bildungszeit und die darin erworbenen Kompetenzen müssen dokumentiert und für Bildungsabschlüsse angerechnet werden.

- Orte für Bildung – die verschiedenen Orte, an denen Bildungsprozesse stattfinden, müssen miteinander kommunizieren und kooperieren sowie die Vielfalt des Lebens repräsentieren.
- Entwicklung und Evaluierung in lernenden Organisationen – Organisationsentwicklung im Bildungswesen muss die Kompetenzen der Pädagoginnen und Pädagogen nutzen und stärken; zur Qualitätsentwicklung brauchen die Bildungseinrichtungen zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen und qualitative Unterstützung.
- Sozial gerechte Finanzierung – Bildungsausgaben sind als Investitionen anzuerkennen; der Staat darf die Finanzierungsprobleme des Bildungswesens nicht auf dem Rücken der Lernenden und des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals austragen.

Diese Leitideen gehen von unserem Grundverständnis von Bildung aus:

- Bildung ist untrennbar mit der Entwicklung des Menschen verbunden. Sie dient einer selbstbestimmten Entwicklung des Einzelnen, der materiellen Grundsicherung und der Schaffung gleicher Chancen und Lebensbedingungen.
- Bildung für jede Einzelne und jeden Einzelnen gehört zu den sozialen Grundvoraussetzungen einer entwickelten Gesellschaft. Sie wurde in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als soziales Recht errungen und muss im Hinblick auf die gesellschaftlichen Aufgaben der Zukunft nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden.

Dazu zwingt uns in Deutschland – und ganz besonders in den neuen Bundesländern - nicht zuletzt auch die demografische Entwicklung, die es mehr denn je notwendig macht, alle Bildungspotenziale der Gesellschaft zu erschließen und zu entwickeln.

Um so alarmierender ist es zu sehen, wie durch politische Kurzsichtigkeit derzeit in Deutschland noch immer Zukunftschancen verspielt werden. Statt im Interesse des Gemeinwohls das Recht auf Bildung für alle zu garantieren, lässt der Staat es zu, dass das soziale Grundrecht Bildung mehr und mehr den dominanten neoliberalen Wirtschaftszielen untergeordnet wird.

Der Erfolg von Bildung wird zunehmend nach rein ökonomischen Verwertungskriterien gemessen. Diese Entwicklung gefährdet in hohem Maße einen gleichen und freien Zugang zu Bildung für alle Kinder und Jugendlichen und fördert damit Benachteiligung, Armut und Arbeitslosigkeit.

Dagegen setzt sich die GEW zur Wehr.

Ein Schwerpunkt unseres nächsten Gewerkschaftstages im April 2005 wird deshalb eine erneute Initiative für eine grundlegende Bildungsreform sein - ein entsprechendes Reformkonzept – aus dem ich bereits zitiert habe - wird z. Zt. in unseren Gliederungen und Gremien diskutiert. Dazu gehören auch konkrete Vorstellungen zur Bildungsfinanzierung. Ein Teil davon ist ebenfalls in meinen Diskussionsbeitrag eingeflossen.

Zusammengefasst beinhaltet unser Reformkonzept die folgenden Kernaussagen:

- Das wichtigste Staatsziel für das Bildungswesen bleibt die Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung, der Chancengleichheit unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Kultur.
- Deshalb will die GEW das separierende, in Sparten organisierte Bildungswesen durch ein konsistentes Gesamtsystem von Bildung, Ausbildung, Erziehung und Betreuung ablösen.
- Qualität, Chancengleichheit und gute Lern- und Arbeitsbedingungen sind für uns die wesentlichen Bestandteile eines solchen Gesamtkonzeptes.
- Inklusion, demokratische Beteiligung und Nachhaltigkeit sind für uns Leitprinzipien für die Gestaltung aller Bildungseinrichtungen.
- Bildungsinvestitionen sichern die Zukunft.

Für die konkrete Gestaltung des Bildungswesens bedeutet dies:

- Höhere Priorität für frühkindliche Bildung.
- Eine gemeinsame zehnjährige und ganztägig geöffnete Schule für alle Kinder
- Berufsbildende Schulen als regionale Bildungszentren.
- Erhöhung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigten und der Studienabschlussquote.
- Eine geschlechterbewusste und interkulturelle Ausgestaltung aller Bildungsprozesse
- Gesicherte öffentliche Finanzierung der allgemeinbildenden, kulturellen und politischen Weiterbildung.

Natürlich ist uns bewusst, dass für das Gelingen einer solchen Bildungsreform die aktive Mitwirkung der Pädagoginnen und Pädagogen – also auch unserer Mitglieder - entscheidend ist. Deshalb steht für uns die Motivation der Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen für ein aktives Mitwirken in diesem Prozess im Mittelpunkt unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Letztendlich können nur die Akteure in den Bildungseinrichtungen die im deutschen Bildungswesen noch immer stark ausgeprägte Chancen Un-

gleichheit, die vor allem von einer Vorprägung der Bildungschancen durch die soziale Herkunft bestimmt wird, wirklich überwinden. Dafür brauchen sie aber andere Voraussetzungen und Bedingungen, die nur durch veränderte politische Weichenstellungen zu schaffen sind. Deshalb ist es mehr als wichtig dafür zu sorgen, dass das Thema »Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen« im öffentlichen Bewusstsein und auf der politischen Tagesordnung bleibt.

Auch deshalb nehme ich jede Gelegenheit gern wahr, die mir die Möglichkeit bietet, diese Zusammenhänge darzustellen und für Unterstützung unseres Anliegens, der pädagogischen Arbeit für mehr Chancengleichheit in der Bildung in der Gesellschaft die notwendige Anerkennung zu verschaffen, zu werben.

Die alte sächsische CDU-Landesregierung rühmte sich gern mit der Tatsache, dass lt. PISA-E-Studie aus dem Jahre 2000⁸ in Sachsen der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg im Vergleich zu den anderen – vor allem den westlichen – Bundesländern relativ wenig ausgeprägt ist. Wir werden die Entwicklung dieses Zusammenhangs sehr genau beobachten, denn es spricht vieles dafür, dass sich dieser bisher positive Befund in dem Maße verschlechtern wird, wie sich die soziale Differenzierung in der Gesellschaft in den neuen Bundesländern – und damit auch in Sachsen – immer stärker ausprägt. Schon die nächste PISA-E-Studie, die im Sommer 2005 veröffentlicht werden wird, kann da aufschlussreich sein.

Eine der Ursache für die Verfestigung sozialer Ungleichheit durch das Bildungswesen liegt unzweifelhaft in der Struktur des Schulsystems, schon deshalb kann Sachsen kaum zum Musterland der Chancengleichheit werden, denn auch hier findet eine sehr frühe Auslese und Aufteilung der Kinder auf unterschiedliche Schularten statt. Leider war mehr Chancengleichheit auch kein Kriterium, das bei der letzten Schulgesetznovelle besonders im Mittelpunkt stand, da die sächsische Landesregierung aufgrund der für sie beruhigenden Befunde der ersten PISA - E-Studie hier ja keinen besonderen Handlungsbedarf sah und sieht.

Da mit dem »neuen« Schulgesetz⁹ – und nun auch mit der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD - die Gliederung des sächsischen Schulsystems im Kern unangetastet geblieben ist, dürfte sich im Bildungsbereich die soziale Schere eher weiter

⁸ PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, hrsg. vom Deutschen PISA - Konsortium, Leske + Budrich, Opladen 2002.

⁹ Erstes und Zweites Gesetz zur Umsetzung des besseren Schulkonzeptes – auf Antrag der Staatsregierung und der CDU-Fraktion am 20.06.2003 bzw. am 15.01.2004 vom Sächsischen Landtag beschlossen.

öffnen als schließen. Nicht zuletzt spielen schon die unterschiedlichen Chancen beim Zugang zu frühkindlicher Bildung aus Kostengründen (kein gebührenfreier Kita - Zugang) eine sozial differenzierende Rolle. Und auch hier zeichnet sich eine zunehmend verhängnisvolle Entwicklung in Sachsen ab, wie die aktuelle Debatte um Zugangskriterien für die Kindertagesstätten zeigt.

Das Thema »Soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen« muss also auch in Sachsen weiter auf der Tagesordnung bleiben.